

Der Reichskanzler zur politischen Lage.

Berlin, 27. Okt. In einer großangelegten programmatischen Rede auf dem Reichsparteitag des Zentrums führte Reichskanzler Marx zu den Fragen der deutschen Außenpolitik u. a. aus:

Unser Recht auf Leben als Nation verlangt ein freies Deutschland, frei von militärischer Bewachung. Es verlangt ein Großdeutschland, in dem die ganze deutsche Nation vereinigt ist, ein Deutschland mit Kolonien, damit dieses friedliche Deutschland Absatz- und Austauschgebiete für Rohprodukte und Waren hat. Dieses heilige Recht als freie Nation zu leben, haben wir nicht verwirkt.

Deutschlands Meinschuld am Kriege ist eine Mür. Wir streben die Befreiung vom Schuldbesen nur aus moralischen Gründen an. Es wäre eine unheilvolle Selbsttäuschung, anzunehmen, der Nachweis, daß uns nicht die Meinschuld am Kriege aufgebürdet werden kann, würde zur Folge haben, daß wir unserer Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag ledig würden. Leider ist dieser Irrtum weitverbreitet und für manche Kreise der Hauptgrund, diese Frage mit solcher Leidenschaft zu betreiben.

Nach der Erwähnung der schweren materiellen Opfer der letzten Jahre, sowie der nationalen Bedrückungen und seelischen Leiden insbesondere der bedrängten Deutschen der West- und Ostlande, bemerkte der Reichskanzler, daß das deutsche Volk über den Weg zur endlichen Befreiung der hart und dornenreich sei, nicht einig sei. Heiße Herzen, sagte er, wollen das deutsche Volk von heute auf morgen frei machen. Es ist dies weniger eine Forderung der Rache als des Rechtes. Die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht jedoch eine ruhige und friedliche Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt und so erstrebt die Mehrheit die Verständigung mit unseren früheren Gegnern in der Hoffnung, so nicht nur Deutschland zu befreien, sondern auch die friedliche Entwicklung der Welt zu sichern.

Die Reparationsfrage

Ist nach Abschluß des Londoner Vertrags in die Bahn ruhiger Entwicklung gebracht worden, die aber noch nicht abgeschlossen ist. Der Londoner Vertrag bürgt in sich den Keim zu einer vollkommeneren Lösung. Die Abrüstungsfrage ist z. Bt. nur einseitig gelöst. Die Siegerstaaten haben im September in Genf ebenfalls den Willen zur Abrüstung gefunden. Mögen sie ans Werk gehen! Deutschland ist zur loyalen Mitarbeit im Völkerbunde bereit, auch wenn dem mit dem Versailler Vertrage geschlossenen Völkerbunde noch mancherlei Unvollkommenheiten anhaften.

Auf die

innere Politik

übergehend betonte der Reichskanzler die Pflicht, sich freudig zur Verfassung zu bekennen. Die demokratische Idee der Volksgemeinschaft stöße leider auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. In ihr aber liege das große Ziel der deutschen inneren Politik. Das Zentrum dürfe nicht grundsätzlich das politische Zusammengehen mit den rechtsgerichteten Parteien verweigern, wenn diese die Verfassung von Weimar als rechtsverbindlich anerkennen. Es verwerfe ebensowenig grundsätzlich das Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei. Dieses Ziel sei nur in einem demokratischen Deutschland zu erreichen. Schwarz-rot-gold sei nicht eine Verleugung und Verkennung von Schwarz-weiß-rot, sondern das Symbol für das politische Streben, das gesamte deutsche Volk in natürlicher Gliederung ohne die Vormachtstellung eines einzelnen Teiles zusammenzufassen.

Bei der Besprechung der

Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik

erinnerte der Kanzler daran, daß die Regierung z. Bt. bemüht ist, durch den Abschluß von Handelsverträgen der deutschen Volkswirtschaft die ihr gebührende Stellung in der Weltwirtschaft zu verschaffen. Die Frage, ob die deutsche Arbeit am besten durch Schutzzölle oder durch den Freihandel mit Finanzzöllen gesichert werde, sei z. Bt. noch stark umstritten. Die Regierung sei unter bestimmten Voraussetzungen entschlossen, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Die jetzige Regelung der Arbeitszeit dürfe

nur als Notbehelf angesehen werden. Hinsichtlich der dritten Steuernotverordnung, durch die Eigentumsansprüche eines großen Teiles des deutschen Volkes vorläufig zurückgestellt werden, müsse ernsthaft überlegt werden, ob in ferner Zukunft die Möglichkeit bestehe, die berechtigten Ansprüche zu befriedigen. An der Gestaltung eines neuen einheitlichen Arbeiterrechts werde eifrig gearbeitet. Die Steuer-schraube müsse in Zukunft gelockert werden. Vielleicht sei auch eine Vereinfachung des Steuersystems und der Steuerverwaltung möglich. Der Reichskanzler schloß: Noch kämpft das deutsche Volk um seine Weltgeltung im Konzert der Völker. Noch ist sein Staatsgebiet nicht frei von ausländischer Besetzung. Noch ist seine Wirtschaft und Währung aufs äußerste bedroht. Die im letzten Jahre beobachtete Politik der Verständigung und Anbahnung vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten hat aber unbestreitbare Erfolge gezeitigt. Es wäre geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn dieser Weg verlassen würde. Daher muß beim Wahlkampf mit aller Entschiedenheit die Bedeutung der Außenpolitik in den Vordergrund gestellt werden, damit die Fortsetzung dieser Politik gewährleistet ist.

Dr. Luther über die finanzielle Lage Deutschlands.

Hamburg, 28. Okt. Im Rahmen eines Vortragszyklus über die Auswirkungen des Dawesplanes im Ueberseeclub Hamburg sprach gestern abend im Hotel „Atlantia“ Reichsfinanzminister Dr. Luther über die finanzielle Lage Deutschlands nach dem Dawesabkommen. Der Redner beschränkte sich darauf, aus dem vielgestaltigen und umstrittenen Fragenkomplex des Londoner Abkommens die Art der Zahlungsbestimmungen und das Uebertragungsproblem zu erörtern. Schon der Weg von Versailles nach London von der rein politischen zur wirtschaftlichen Einstellung, und zwar das Ergebnis der Transferfrage, das die Zukunft entscheidend beherrschen dürfte, beweiße, daß jede Stellungnahme zu dem Abkommen und seinen Auswirkungen von der Anschauung auszugehen habe, daß es sich um Dinge handle, die durchaus im Fluß und der Entwicklung unterworfen seien. Unsere Aufgabe werde es sein, die übernommenen Verpflichtungen so zu erfüllen, daß der Strom der Entwicklung in für uns günstige Bahnen gelenkt werde. Angesichts der Schwere der Deutschland auferlegten Bedingungen lasse sich mit Gewißheit nur das eine sagen, daß die Erfüllung auf keinen Erfolg rechnen könne, wenn Deutschland nicht wieder in den freien Weltverkehr eingegliedert werde. Die Forderung nach freier Wirtschaft und Beschränkung aller Kredite auf das absolut notwendige, d. h. das wirtschaftlich bedingte Maß, getrieben von zäher Arbeit und Sparsamkeit, sei besonders heute zu erheben, weil die Reichstagsauflösung die Entwicklung um Monate zurückgeworfen haben dürfte.

Zur Reichstagswahl.

Berlin, 27. Okt. Nach dem Reichswahlgesetz müssen Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger eines Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern empfahl, für Parteien, die im letzten Reichstag durch Abg. vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht anzusehen. Zu diesen Parteien zählen folgende: Bayer. Volkspartei, Bayer. Bauernbund, Deutsch-Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsch-Soziale Partei (Landliste), Liste der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsgruppe der Deutsch-Hannoverschen Partei und Wirtschafts-

Die Gründung einer liberalen Vereinigung geplant?

Berlin, 28. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ hört, daß die Versuche der aus der Deutsch-Demokratischen Partei ausgeschiedenen früheren Abg. bei der Deutschen Volkspartei Kandidaturen zu finden, gescheitert sind. In diesem Zusammenhang teilt das Blatt weiter mit, daß die Gründung einer liberalen Vereinigung beabsichtigt sei.

Neueste Nachrichten.

Reichskanzler Dr. Marx erstattete auf dem Parteitag des Zentrums ein Referat über die politische Lage.

In verschiedenen Tannsorten machen die Besatzungsbehörden durch umfangreiche Neuansforderungen von Wohnungen die Mieteherren für die Ausgewiesenen unzufrieden.

Bei den Hamburger Bürgerstimmwahlen ist die bisherige demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit in etwas verringertem Umfang erhalten geblieben.

Die französische Zeitung „Deuxième“ weiß von der Unterzeichnung der Auslegung einer französischen Anleihe von 3 Milliarden Franken in Amerika zu berichten.

Die Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes mit den kommunistischen Anweisungen zur Propaganda in England wird im englischen Wahlkampf kräftig gegen MacDonald ausgenützt.

Aus Lientsin wird gemeldet: 100 Matrosen vom amerikanischen Kreuzer „Huron“, die in Taku gelandet waren, haben sich gestern in der Richtung auf Peking in Marsch gesetzt.

Erkelenz contra Stresemann.

Berlin, 27. Okt. (WZB.) Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz schreibt in der „B. Z.“, Stresemann habe aus einem irrtümlichen Zeitungsbbericht über seine Hamburger Rede eine falsche Schlussfolgerung gezogen und sagt u. a.: Mit keinem Worte habe ich gesagt, daß wir einen Linksblock machen, daß wir alle Beziehungen zur Deutschen Volkspartei abbrechen usw. Ich wiederhole, was schon unser erster Wahlauftrag sagt: Wir kämpfen für eine Politik der Mitte, aber auch gegen eine zum Rechtsblock abgewandte Deutsche Volkspartei. Wenn Stresemann und seine Freunde seine gestrige Thüringer Rede schon bisher zur Grundlage ihrer Politik gemacht hätten, wäre es gar nicht zur Reichstagsauflösung gekommen.

Die deutsch-französischen

Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 27. Okt. Die Berliner Berichterstatter der Pariser Blätter melden gleichmäßig, die deutsche Regierung habe etwa 60 Sachverständige für die Handelsvertragsverhandlungen ernannt, unter denen sich die maßgebenden Persönlichkeiten aus dem Handel und der Industrie Deutschlands befänden. Diese Sachverständigen würden an den Verhandlungen am 5. Nov. teilnehmen. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, ein deutscher Minister, mit dem er jüngst gesprochen habe, habe ihm erklärt, Deutschland werde elsaß-lothringische Kontingente für eine begrenzte Zeitdauer bewilligen unter der Bedingung, daß die französische Regierung einwillige, das Ruhrgebiet am 15. 4. zu räumen. Wie wir hierzu erfahren, trifft es nicht zu, daß 40 Sachverständige für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ernannt wurden. Die deutsche Delegation wird vielmehr in der gleichen Zusammensetzung und Zahl wie bei den ersten Verhandlungen am 5. Nov. zur Fortsetzung der Verhandlungen in Paris eintreffen. Ebenso unrichtig ist die Meldung, daß Deutschland bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Ruhrregion und den elsaß-lothringischen Kontingenten eine Verbindung herstellen wolle. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die im Vertrag von Versailles vorgesehenen elsaß-lothringischen Kontingente nicht verlängert werden können.

Maßnahmen zur Stützung des französischen Franken.

Paris, 27. Okt. Das „Deuxième“ erzählt, daß die französische Regierung schwerwiegende Maßnahmen vorbereitet, um den Sturz des französischen Franken aufzuhalten. Es solle unter der Kontrolle der Bank de France eine Kompensationskasse geschaffen werden, an welche sich alle Kaufleute und Industrielle wenden müssen, um Devisen zu erhalten. Einzelne Mitglieder der Finanzkommission der Kammer beabsichtigen, den Antrag zu stellen, daß für jene Kaufleute und Industrielle, welche Devisen im Auslande besitzen und die sie nicht nach Frankreich zurückführen wollen, von ihren französischen Guthaben ein ebenso hoher Betrag weggenommen werden soll, als die Auslandsguthaben der betreffenden Personen betragen.

Urteilsbegründung im Prozeß „Consul“.

In der Begründung des Urteils im Prozeß Hoffmann und Genossen ging der Vorsitzende, Senatspräsident Niedner, auf die Entstehung der D. C. ein und führte aus, daß den ehemaligen Angehörigen der Marinebrigade im Frühjahr 1921 ein stärkerer Zusammenschluß wünschenswert war. Außenpolitisch sei dafür der dritte polnische Aufstand, innenpolitisch der mitteldeutsche Aufstand maßgebend gewesen. Schon damals habe man begonnen, einen Verband zu bilden, der im wesentlichen denselben Voraussetzungen entsprach, die dann für die D. C. maßgebend geworden seien. Die Organisation habe damals schon eine Zeitschrift, den *Wiking*, herausgegeben, deren Inhalt zweifellos erkennen lasse, daß der Kampf gegen die Regierung, wenn auch nur in Wort und Schrift, energisch geführt werden sollte. Im Juni 1921 sei dann die eigentliche Organisation C. gegründet worden. Es seien damals Satzungen besprochen und schriftlich niedergelegt worden. Der Gerichtshof habe sich auf den Standpunkt der Verteidigung gestellt, daß die Satzungen damals nur ein Entwurf gewesen seien. In den Satzungen sei aber nur das schriftlich niedergelegt worden, was tatsächlich die Bestrebungen der D. C. waren; sie seien also gewissermaßen ein Niederschlag dieser Bestrebungen gewesen. Die Satzungen enthielten mehrere Bestimmungen innerpolitischer Natur. Die Organisation werde als Geheimorganisation bezeichnet, die eine Macht werden solle, um im gegebenen Moment zur Stelle zu sein. Ein weiteres Ziel sei der Kampf gegen die antinationalen Weimarer Verfassung. Die Verräterin angebotene Feme sei nach Ueberzeugung des Gerichts mehr als eine *exclusio cum infamia*, sie bedeute vielmehr, daß der Verräter damit rechnen könne, mit dem Tode bestraft zu werden. Ganz entsprechend dem Satzungsentwurf habe die D. C. sich in der Folgezeit weiter betätigt, wie dies namentlich aus dem *Wiking* hervorgehe. Es bestanden drei Abteilungen: für allgemeine Fragen unter Hoffmann, für militärische Fragen unter v. Killinger und für Pressefragen unter Kautter. Die Angeklagten seien sämtlich als Teilnehmer an einer geheimen Verbindung im Sinne § 128 anzusehen; nur soweit ihnen das subjektive Bewußtsein gefehlt habe, an einer geheimen Verbindung teilzunehmen, müßten sie freigesprochen werden. Bei den Angeklagten Hoffmann, v. Killinger, Kautter und Müller komme erschwerend hinzu, daß sie Gründer und Vorsteher der D. C. gewesen seien. Auch bezüglich der Angeklagten Henkel, Krebs, von Abendroth, Ehrentraut und Viebig sei die Vorstehereigenschaft angenommen worden, da sie die sogenannten Bezirke leiteten. Der Artikel 124 der Reichsverfassung, der von der Verteidigung angeführt worden sei, stehe dem Charakter der D. C. als einer strafbaren geheimen Verbindung nicht entgegen. Was die Anklage gegen Wegelin betreffe, so habe er von Waffen, deren Vorhandensein er kannte, der Behörde keine Kenntnis gegeben; ihm seien mildernde Umstände in dieser Richtung zugestanden worden. Im übrigen sei bezüglich des Strafmaßes zu erwägen gewesen, daß die Verhandlung nicht ergeben habe, ob die D. C. etwa hochverräterische Pläne verfolgt habe oder eine sogenannte Mörderzentrale gewesen sei. Die Erzbergermörder seien aber tatsächlich Mitglieder der D. C. gewesen, ebenso einer der Rathenau-Mörder, und auch die Fäden des Scheidemannattentates hätten dorthin geführt. Weiterhin sei zu berücksichtigen gewesen, daß die D. C. eine sehr staatsgefährliche Verbindung gewesen sei. Die Angeklagten seien sich dieser Tatsache auch voll bewußt gewesen. Wenn sich einige Angeklagte auf den Standpunkt gestellt hätten, sie hätten den Satzungen keine Bedeutung beigemessen, so hätten sie etwas sehr Verwerfliches getan. Vor allen Dingen hätten sie alle die jungen Leute, die sich der Verbindung angeschlossen, in den Strudel der Verfehlungen mit hineingezogen. Wenn auch der Vorwurf der Mörderzentrale sachlich durchaus unberechtigt war, so sei doch durch die Verfehlung, wie sie seitens der D. C. gegen die Regierung getrieben wurde, die Atmosphäre mitgeschaffen worden, in der sich solche Existenzen, wie die Erzbergermörder und die Scheidemannattentäter hätten entwickeln können. Zugunsten der Angeklagten mußte gewürdigt werden, daß sie in hervorragender Weise im Dienste des Vaterlandes tätig gewesen seien und auch zum Schutze der gegenwärtigen Regierung ihre Haut

zu Markte getragen hätten. Immerhin habe der Gerichtshof diesen Milderungsgründen nicht die überwiegende Bedeutung beilegen können, wie dies die Reichsanwaltschaft getan habe; denn der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik habe die Verpflichtung, die Autorität der Verfassung und der Regierung zu wahren, er würde diese Pflicht nicht erfüllen, wenn er zu derartigen milden Strafen kommen wollte, wie sie der Reichsanwalt vorgeschlagen habe.

Kleine politische Nachrichten

Das Hochverratsverfahren gegen v. Gräfe.

Berlin, 28. Okt. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus München, daß das Hochverratsverfahren gegen den völkischen Führer v. Gräfe nunmehr eröffnet worden sei. Ein Beauftragter des Leipziger Staatsgerichtshofs habe in der vorigen Woche den ehemaligen Generalkriegskommissar v. Rahr, den General v. Losow, sowie Seisser, Fried und Pöhner vernommen. Das Ergebnis dieser Vernehmungen habe zur Eröffnung des Strafverfahrens gegen v. Gräfe geführt.

Ständig wachsende Teuerung in Frankreich.

Die Teuerung in Frankreich nimmt ständig zu. Fast täglich sind Preiserhöhungen zu verzeichnen. Gestern früh zogen in den großen Markthallen von Paris die Preise für Butter und Eier erneut an. Für die nächsten Tage ist eine Erhöhung des Brotpreises angekündigt. Der Preis der meisten Pariser Zeitungen betrug bisher fünfzehn Centimes gegen fünf Centimes vor dem Krieg und in der ersten Kriegszeit. Im Monat November wird der Nummernpreis auf 20 Centimes erhöht werden.

Eine Proklamation des Präsidenten zur Einstellung der Feindseligkeiten.

Newyork, 27. Okt. Aus Peking wird gemeldet: Präsident Tiao Kun erließ eine Proklamation, in der er die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten anordnete. Er entließ General Wu-Pei-Fu seines Kommandos und befahl den Tschüi-Truppen, an der Front von Mukden in der bisherigen Stellung zu bleiben. General Fong-Yu-Shiang übernahm den Oberbefehl über die Truppen Wu-Pei-Fus.

Newyork, 25. Okt. Aus Schanghai wird gemeldet: Das Kabinett trat nach Beratung der Proklamation des Präsidenten Tiao Kun zurück.

Aus Mukden wird gemeldet, daß der ummauerte innere Stadtteil von Schanghai-Kwan von 50 Flugzeugen Tschang-Tsching angegriffen wurde und in Flammen steht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Oktober 1924.

Simon und Judas.

Der Simon- und Judastag, der 28. Oktober, steht am Anfang der kürzesten, düstersten und unfreundlichsten Tage des Jahres. Von ihm ist nur noch ein kurzer Schritt in den November. Der lichte Tag ist auf eine Dauer von 10 Stunden zurückgeschraubt. Der meteorologische Charakter der Wetterlage zeigt große Neigung zu trüber Witterung. Immer mehr hüllt sich die Sonne in die Schlafhaube des Winters ein. Die Luft hat kühle Eigenschaften angenommen. Die Zeit der Nachtfröste ist angebrochen. In die Niederschläge mischen sich auf den Höhen Schneeflocken, heißt es doch im Volksmund: Simon Jude wirft Schnee auf die Bude! Die kalte Jahreszeit fängt an, ihre Sprache zu reden: Ist Simon und Judä vorbei, so kommt der Winter herbei. In der guten alten Zeit bestand auf dem Lande der Brauch, auf dem Simon-Judä-Markt den Bedarf der Winterkleidung einzukaufen, woher noch der Spruch geblieben ist: An Simon Jude kauft alles in der Bude.

*

Dienstnachrichten.

Die Postpraktikanten Baumann in Calw und Bürcke in Liebenzell sind von der Oberpostdirektion

Stuttgart zu Postsekretären ernannt worden. Oberpostsekretär Sahn in Taifingen ist nach Liebenzell versetzt.

Heimatnothilfe.

Im Monat November wird die Zentralkommission für Wohltätigkeit zu Gunsten ihres Hilfswerks Heimatnothilfe eine allgemeine Landesammlung veranstalten. Sie ist genötigt, sich auf diese Weise an die Gefebredigkeit der ganzen Bevölkerung zu wenden, um ihr Hilfswerk aufrecht zu erhalten. Auslandsgaben fließen der Heimatnothilfe schon seit Monaten nicht mehr zu. Die Spenden von Industrie, Handel und Landwirtschaft sind infolge der Wirtschaftskrise bedeutend zurückgegangen. Die Anforderungen, die an das Hilfswerk gestellt werden, sind aber immer noch sehr groß und werden im Winter erfahrungsgemäß noch wachsen. Die öffentliche Fürsorge kann trotz ihrer Neugestaltung nicht alle Hilfsbedürftigen erfassen. Außerdem können ihre Unterstüßungen nicht über das Existenzminimum hinausgehen und bedürfen daher häufig der Ergänzung. Aus dem Ertrag der Sammlung sollen berücksichtigt werden: Alle erwerbsunfähigen Personen, die von der öffentlichen Fürsorge nicht oder nicht genügend unterstüßt werden, nicht versicherte Kranke, besonders Tuberkulosekranke, hilfsbedürftige Kinder, geistige Arbeiter ohne genügenden Verdienst, durch Hagelschlag und Unwetter geschädigte Landwirte und alle jene Personen, die durch ein widriges Geschick unverhofft in eine vorübergehende Notlage geraten sind, zu deren Ueberwindung die eigene Kraft nicht ausreicht.

Herbstausflug der Ortsgruppe Calw des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Den vergangenen Sonntag-Nachmittag benützte die Ortsgruppe Calw des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, um ihre Leidensgenossen im nahen Liebenzell durch einen Besuch zu beehren. Dem langsam und friedlich durch unser Nagoldtal sich durchschlingelnden Flüsschen stolz auf seinem Rücken Blätter bunter Herbstfarben mitnehmend, entlang pilgernd, konnten die Calwer nach einem 1½stündigen Marsch die Ortsgruppe Liebenzell im Gasthof zur „Sonne“ begrüßen. Nachdem für das leibliche Wohl gesorgt war, hieß Kam. Kling im Namen der Ortsgruppe Liebenzell die Gäste des Luftkur- und Badeorts, die nun noch mal einige Stunden Kurtag sein wollten, herzlich willkommen und sprach den Wunsch aus, die kleine Schar, die heute versammelt sei, möge auch in Zukunft fest und treu zusammenhalten, um die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen weiterhin vertreten zu können. Die ganze Fürsorge- und Rentengegebung wäre ohne Reichsbund überhaupt nicht zustande gekommen. An der Leitung des gesamten Fürsorgewesens würden sich eben Männer befinden, die ihrer Pflicht stets bewußt seien. Er erinnere nur an den Kameraden Rohmann, der die Interessen der Kriegsbeschädigten im Reichstag ungemein vertreten habe. Tief bedauerlich sei es, daß die sparsamen Menschen immer und immer wieder es versuchen würden, die Renten zu drücken und zu verkleinern. Daher müsse es unbedingt Pflicht sein, die Vorgänge genau zu beobachten, ein Vorkommen dürfe unter gar keinen Umständen eintreten. Kamerad Maier-Calw dankte den Ausführungen des Kameraden Kling und ermahnte ebenfalls zum Zusammenhalten innerhalb der Organisation. Nachdem er noch einiges über die Verhandlungen beim Bundestage, besonders über das Zusammenschließen der einzelnen Organisationen, die die Interessen der Kriegsbeschädigten usw. vertreten, bekanntgegeben hatte, gaben einige flott gepielte Klavier-Vorträge den Auftakt zum gemütlichen Teil, der mit Deklamationen und Sing-Sang seinen Abschluß fand. Um die 7. Stunde des Abends brachte das Dampfroß die feuchtfrohlige Gesellschaft in die Mauern Calws zurück. V.

Platanenallee Nr. 14

Roman von Dr. P. Meißner.

43. Fortsetzung. (Alle Rechte vorbehalten.) Nachdruck verboten.
Maud war angekommen. Helmstedt hatte sie am Lehrter Bahnhof in Empfang genommen. Sie hatte die Begleitung des Hamburger Freundes Helmstedts so energisch abgelehnt, daß dieser es für aufbringlich gehalten hätte, mitzufahren. Als Helmstedt mit einiger Mühe der jungen Dame habhaft geworden war, sah er gleich, daß das ein Mädel von ganz anderem Schlag war, als man sie in Deutschland zu sehen gewohnt ist.
Maud war mittelgroß, schlank, mit dunklem, fast schwarzem Haar, großen dunklen Augen und einem ungemein energischen aber hübschen Gesicht. Sie sah ihrem Bruder sehr ähnlich, ja ihre Züge hatten etwas Knabenhaftes, sodaß man sie in Männerkleidern wohl für den jüngeren Bruder Ralfs hätte halten können. Helmstedt kannte diesen Typ der Mexikanerinnen wohl von seinen Reisen her; es war die glückliche Mischung von spanischem und germanischem Blut.
Maud sprach fließend Deutsch, wenn auch mit einem kleinen Akzent. Sie hatte Helmstedt gleich mit solcher offenen Herzlichkeit begrüßt, daß dieser ganz entzückt war und sich nur immer wunderte, welche Energie und Selbstständigkeit in diesem jungen Ding war. Seinen und des Justizrats Bemühungen war es gelungen, vom Untersuchungsrichter die Erlaubnis zu einem Besuch Mauds im Gefängnis zu erreichen. Helmstedt begleitete sie dorthin. Die Begrüßung der beiden Geschwister war charakteri-

stisch. Nichts von Sentimentalität oder Weichheit. Wie zwei gute Kameraden traten sie sich gegenüber.

„Was haben sie mit dir gemacht, Ralf? Was sind diese Deutschen dummi!“

„Ja, Maud. Ich danke dir, daß du gekommen bist.“

„Ist doch selbstverständlich, drüben ist alles in Ordnung, der alte Hinrichs macht die ganze Sache.“

„Maud es liegen böse Indizien gegen mich vor und ich kann mein Alibi nicht erweisen.“

„Armer Junge, das ist schlimm. Ich habe alle deine Briefe mitgebracht. Da stehts ja drin, daß du die Aenderung wolltest, daß du den armen Onkel erst zu dem Entschluß bewogen hast.“

„Das ist gewiß wichtig, aber das Alibi!“

Maud wurde doch ein wenig bedenklich. Sie sah Helmstedt fragend an.

„Ja, mein liebes Fräulein, das Alibi ist der wunde Punkt. Ich werde Ihnen alles genau erklären und mit Ihnen auch die Briefe durchsehen.“

„Gut, Doktor! Ich glaube, Ralf, das ist jetzt das Wichtigste. Komm, gib mir einen Kuß — — — so, nun leb wohl, ich will für dich arbeiten, wir wollen uns hier nicht weh machen. Du weißt doch, das ist nichts für uns beide. Behalt den Kopf oben! — — — Good by, my boy!“

Kaum zehn Minuten hatte der Besuch gedauert, Helmstedt konnte sich des Gefühls der Bewunderung nicht erwehren, mit welcher Standhaftigkeit und Energie dieses junge Ding die gewiß nicht leichte Situation überwunden hatte. Es war ihr trotz allem nicht leicht geworden, das sah er wohl, aber sie beherrschte sich wunderbar

„Ich komme mit zu Ihnen, Doktor. Wir wollen nur erst die Briefe aus dem Hotel holen.“

„Ausgezeichnet! gnädiges Fräulein. Wir müssen auch fleißig sein, denn am Freitag beginnt die Hauptverhandlung.“

„Schon Freitag? Das ist in vier Tagen, da ist es allerdings hohe Zeit. Wann lerne ich Lilly kennen?“

„Die Damen kommen Mittwoch mittag zurück, um drei Uhr am Potsdamer Bahnhof.“

„Gut, kommen Sie, wir nehmen das Auto. — — — Fahren Sie Hotel Bristol!“

Stundenlang saßen die Beiden zusammen mit Justizrat Seebald im Arbeitszimmer Helmstedts und prüften die Briefe, besprachen den ganzen Verteidigungsplan und lauschten den Mitteilungen des Doktors.

Als sie sich am Abend trennten, war Maud sehr beruhigt. Sie wußte jetzt, daß ihrem Bruder nichts passieren konnte, selbst wenn es nicht gelang, das Alibi zu beweisen.

Pünktlich um drei Uhr lief der Zug von Magdeburg auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Mit Blumen beladener wartete Helmstedt auf dem Perron. Bald hatte er die Ankommenden entdeckt. Ehrerbietig küßte er der alten Dame die Hand und begrüßte herzlich Lilly. Als er Irma die Hand reichte, sahen sich beide an, als ob sie der eine in des anderen Seele lesen wollten. Irma wurde rot, entzog ihm ihre Hand, die er immer noch in der seinen hielt, und kummerte sich plötzlich mit unnatürlichem Eifer um das Handgepäck. Helmstedt war eigentümlich zu Mut.
(Fortsetzung folgt.)

Zwei Weltreisende.

Zwei Weltreisende, ein Adolf Glomer aus Crefeld und Paul Reinhold aus Dresden, haben in der Nacht vom 25. auf 26. Okt. 1924 in hiesiger Stadt übernachtet. Die Reise der beiden Weltwanderer ist auf 7 Jahre festgesetzt. In den letzten zwei Jahren bereisten sie Holland, Belgien, Rußland, Tschechoslowakei und Oesterreich. Die Reise geht nach den Nordländern. Ihren Unterhalt bestreiten die beiden Reisenden aus dem Erlös von Ansichtsarten und aus Vorträgen über Bekämpfung von Schundliteratur.

Tanzabend der Schule Herion.

Am kommenden Montag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die Schule Herion (Stuttgart) wieder einen Tanzabend im hiesigen „Bad. Hof“. Die Schule Herion ist noch von ihren früheren Vorstellungen her in bester Erinnerung und wird sich zweifellos niemand den neu angekündigten Abend entgehen lassen. Die Schule Herion hat während des laufenden Jahres wieder große Erfolge in den bedeutendsten Städten Deutschlands geerntet, so vor allem in Berlin und Leipzig. Die Berliner Presse schreibt: „Der Abend gestaltete sich zu einem seltenen künstlerischen Genuß. Man sah erstaunlich schöne, durchtrainierte Körper Tanzpaare von klassischer Geschlossenheit aufführen. Die Schule Herion verfügt über bedeutende Begabungen und ist ungleich höher einzuschätzen als andere der bekannten Schulen. Steigender Beifall.“ Leipzig äußert sich: „Temperamentvolle, gutgebaute Körper, edel gewachsen und schlank, an sich schon eine Augenweide. Keine bloße „Schule“, sondern gute und mit musikalischem Verständnis ausgeführte Tanzdarbietungen.“ Stuttgart schreibt: „Die Schule Herion nimmt die führende Stellung ein.“ Der kommende Abend verspricht also ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges zu werden. — Karten in der Buchhandlung Häußler.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Depression im Westen kommt nur mäßig zur Geltung, sodaß für Mittwoch und Donnerstag mehrfach bedecktes, aber in der Hauptsache immer noch trockenes Wetter zu erwarten ist.

*

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Die deutsch-demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns hielt hier gestern im Bürgermuseum unter Vorsitz des Abg. Scheef einen gut besuchten Vertretertag ab, in der die Reichstagsabg. Dr. Ing. Wieland und Dr. Theodor Heuß Referate hielten. An die Spitze der Reichstagskandidatenliste wurden die bisherigen Abgeordneten Dr. Wieland und Dr. Heuß, sowie der Präsident der Reutlinger Handwerkskammer Otto Henne gestellt. Es wurde eine neue Entschlüsselung angenommen, in der die Entscheidung der Fraktion und des Parteivorstands in der letzten Regierungskrise einmütig gebilligt wird. Außerdem wird für eine entschlossene Fortsetzung der Politik eingetreten, die zu dem Londoner Abkommen geführt hat und deren entschlossener Hauptträger die demokratische Partei in den letzten fünf Jahren gewesen sei.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Staatspräsident Bazille hat in einem Schreiben an den Württ. Handwerksamtertag die Leistungen des württ. Handwerks auf der Bauausstellung besonders anerkannt. Da die Verleihung einer Staatsmedaille an die Gesamtheit des Handwerks nicht möglich sei, andererseits die einzelnen an Umfang kleineren Ausstellungen und Arbeiten wenigstens in dieser Form die vortrefflichen Leistungen des württ. Handwerks und damit unserer Wirtschaft und unseres Vaterlandes überhaupt alle Beteiligten mit den besten Hoffnungen erfüllen könne.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Am Sonntag tagte der erweiterte Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs in Stuttgart, um die Vorbereitungen zum Wahlkampf zu treffen. Es wurde beschlossen, dem Vorschlag des Landesvorstands entsprechend, an der bisherigen Kandidatenliste ohne jede Aenderung festzuhalten. An der Spitze der Kandidatenliste stehen die bisherigen Abgeordneten Reil, Hiltenbrand und Rohmann, sowie der Reichsminister a. D. Schlieke.

(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Die Geschäftsübersicht des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Württemberg für das Ka-

lenderjahr 1923 bietet ein trübes Bild. Die Lage der Landesversicherungsanstalten hat sich besonders seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 10. Nov. 1922 sehr verschlechtert. Dieses brachte erhebliche Mehrbelastungen, aber keine erhöhten Beiträge. Letztere traten erst am 20. August 1923 in Wirksamkeit. Ein einigermaßen annehmbares Verhältnis zwischen den Beitragseinnahmen und den Anforderungen für Renten, Heilverfahren und Verwaltungsaufwand war nicht herzustellen. Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs mußten Schulden aufgenommen werden. Stärkste Einschränkungen der Fürsorgemaßnahmen ließen sich gleichwohl nicht vermeiden, namentlich mußte das Heilverfahren fast ganz eingestellt werden. Die Landesversicherungsanstalt besitzt außer ihrem Grundbesitz keine erheblichen Rücklagen mehr. Die Rentenmarktwährung hat zwar eine erhebliche Besserung eintreten lassen, aber auch die seit dem 1. Januar 1924 geltenden Goldmarkbeiträge können die Ansammlung eines größeren Reservefonds nicht ermöglichen. Die Beiträge reichen gerade zur Gewährung der Renten, zur Ausübung des Heilverfahrens und zur Deckung der Verwaltungskosten aus. Unter diesen Umständen fehlen der Anstalt die Mittel, um, wie früher, den gemeinnützigen Wohnungsbau tatkräftig zu fördern. Die Invalidentrenten betragen jetzt 14 M., die Witwen- und Witwerrenten 10 Mark, die Patientenrenten 7 M pro Monat. Die Zahl der Renten ist i. J. 1923 von 70 668 auf 74 876 gestiegen. Davon entfallen auf Invaliden 50 310, Kranke 1710, Altersrente 1942, Witwen und Witwer 4268, Witwen-Krankenrente 59, Waisen 16 587. Im ständigen Heilverfahren wurden 2274 Personen behandelt, darunter wegen Lungentuberkulose 1721, wegen anderer Krankheiten 553. Die Zahl der Verpflegungstage betrug 118 414. An Geschlechtskranken standen 3343 Personen in Fürsorge. Zur Förderung des Kleinwohnungswezens waren am 31. Dezbr. 1923 Darlehen im Nennwert von zusammen 5 063 068.51 G.M. ausgeteilt und zwar an den Staat rund 786 000, an die Gemeinden 1 986 210, an Bau- und Sparvereine 1 587 518 und an Einzelversicherer 701 339 G.M.

(S.C.B.) Tübingen, 26. Okt. Das Schwurgericht hat die 32 J. alte Kriegswitwe Christine Harr von Hünerberg, O.M. Calw, von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen und wegen versuchten Betrugs zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Frau hatte in bitterster Not ihr baufälliges Haus angezündet, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen und angegeben, daß Kleider, Wäsche usw. verbrannt seien, während sie diese tatsächlich in zwei Kisten beiseite geschafft hatte. Das Gericht gab den Notstand zu.

(S.C.B.) Freudenstadt, 27. Okt. Der Gemeinderat beschloß, zur Förderung des Wohnungsbaus ein langfristiges Darlehen von 150 000 bis 200 000 M aufzunehmen, wovon 90 000 M an 30 Baukreditvereine in Form von je 3000 M verzinslich abgegeben werden sollen. Außerdem wurden weitere Summen für den Bau einfacher städtischer Häuser in der Erzbergstraße-Siedlung ausgeworfen. — Die Stadtgemeinde erwarb von Hotelier Lieb das Gelände zum „Kurgarten“ um den Kaufpreis von 40 000 M.

(S.C.B.) Bronnen, O.M. Raupheim, 27. Okt. Im Jahr 1896 sind auf einem nahe beim Orte liegenden Grundstück durch Zufall Waffen aus früherer Zeit gefunden worden. Als dann später über dieselbe Parzelle das ins Kottal führende Bahngleis gebaut wurde, stieß man wiederum auf einige Kriegsgüter und auch Menschenkette und in den letzten Tagen wurden bei den

Die Aufwertungsfrage

wird im Calwer Tagblatt stets eingehend behandelt, wer deshalb ein Interesse an dieser Frage hat, der bestelle auf 1. November das Calwer Tagblatt

Grabarbeiten für einen Scheunenbau gleichfalls solche Funde gemacht. Seither wurden unter Leitung von einigen Lehrern der Latein- und Realschule Laupheim an verschiedenen Stellen des Geländes wiederum Grabungen vorgenommen. Am letzten Dienstag wurde bereits ein weibliches Skelett ausgegraben. Desgleichen fand man am selben Orte eingelagerte Glasperlen, von einer Kette herrührend. Auch wurden einige Säbel, die, wie sich noch feststellen läßt, mit Holzgriffen versehen waren, und ein Speer gefunden. Auf Grund obiger Funde schließt man, daß dieser Ort vor 1200—1500 Jahren eine Begräbnisstätte unserer Vorfahren, der Alemannen, war.

Aus Geld-, Volks- u. Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Goldmark	1000,0 Ma.
1 Dollar	4,21 B.M.
1 holländischer Gulden	1658,1 Ma.
1 französischer Franken	219,2 Ma.
1 schweizer Franken	810,2 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000,0 Ma.
Reichsindexziffer	1,23 B.

Stuttgarter Produktenbörse vom 27. Oktober 1924.

Die Stuttgarter Börse notierte per 100 Kg. in Goldmark: Weizen 22—25; Gerste 23—26,5; Roggen 22—24; Hafer 15—20; Weizenmehl 39—40,50; Brotmehl 35—36,50; Kleie 12,50—13; Wiesenheu 6,50—8; Kleeheu 8—9,50; Stroh 4—5,50.

Neuordnung des Geld- und Münzwesens.

Die in weiten Kreisen noch bestehenden Unklarheiten geben Anlaß zu folgender Richtigstellung: Alleinige gesetzliche Zahlungsmittel sind nach § 5 des Münzgesetzes vom 30. August 1924 (R.G.B. 2, S. 254) 1. die neu zu prägenden Goldmünzen über 20 und 10 Reichsmark, 2. die neu zu prägenden Silbermünzen über 1—5 Mark, 3. die neu zu prägenden Stücke über 1, 2, 5, 10 und 50 Reichspfennige. Als Reichsgoldmünzen gelten bis auf weiteres auch die auf Grund der Gesetze vom 4. Dezember 1871, des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 und des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 ausgeprägten Goldmünzen. Als Reichsilbermünzen gelten bis auf weiteres auch die auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1924 ausgeprägten Silbermünzen, nicht aber die Silbermünzen der Vorkriegszeit, die bereits durch Verordnung des Reichsfinanzministers vom 13. April 1920 außer Kurs gesetzt worden sind. Dagegen gelten bis auf weiteres noch die Kupfermünzen aus der Vorkriegszeit und die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. November 1923 ausgeprägten Rentenpfennigmünzen.

Vom Württ. Arbeitsmarkt.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg schreibt das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Die meisten württ. Arbeitsämter berichten, daß sich die schon Anfang des Monats in den meisten Berufen und Landesteilen nicht ungünstige Arbeitsmarktlage inzwischen nicht wesentlich geändert hat. Diejenigen, die eine Aenderung feststellen — und dazu gehören mehrere besonders wichtige Bezirke — melden fast ausnahmslos eine, wenn auch nur leichte, weitere Besserung. Von den Hauptindustriewerzeugern des Landes ist das Spinnstoffgewerbe ausgesprochen gut, die Metallindustrie, namentlich in den größeren Betrieben, wenigstens befriedigend beschäftigt. Die Besserung äußert sich auch in dem weiteren Rückgang der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die am 15. Okt. noch etwa 3700 gegenüber etwa 4100 am 1. Oktober betrug. Dieser Rückgang ist umso bemerkenswerter als die Nachfrage nach Hilfskräften in der Landwirtschaft erheblich nachgelassen hat. Württemberg hatte schon am 1. Okt. von den größeren deutschen Ländern die geringste Erwerbslosenziffer mit 1,6 auf 1000 Einwohner, während die entsprechende Zahl für Bayern 7,3, für Baden 9,3, für Preußen 9, für Sachsen 11 und für Hessen 16,3 betrug.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Scheele. Druck und Verlag der K. Dellstätter'schen Buchdruckerei, Calw.

Damenschneiderinnen-Innung Calw.

Das Landesgewerbeamt beabsichtigt im kommenden Winter hier einen der nachstehend verzeichneten

Kurse für Schneiderinnen

zu veranstalten:

- über Musterzeichnen und Zuschneiden von Kostümen und Mänteln;
- über Musterzeichnen, Zuschneiden und Anfertigen von garnierten Kleidern, Blusen etc.

Aussprache hierüber wie über anderes und Anmeldung in der

Versammlung

am Sonntag, den 2. November, mittags 1 Uhr, im Gasthof zum „Alder“.

Bollzähliges Erscheinen erwartet die Vorsitzende.

Juvelenfasser

erste Kraft, kann sofort eintreten

Käfer & Walter, Pforzheim
Museumstraße 6.

Bettbarchente Bettfedern

in vielen Farben und erprobten Qualitäten.

in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

Damast, Bettzeug, Bettzib,
Leintuchstoffe, Rissenbezugstoffe
in überaus großer Auswahl.

Paul Räuchle am Markt, Calw

Unterreichenbach. Im Wege der

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Donners-

tag, den 30. ds. Mts., nach-

mittags 1 Uhr, gegen bare

Bezahlung:

Eine bereits neue

Schreibmaschine,

einen Gleichstrom-

motor 5 PS., eine

Leitspindeldreh-

bank samt Zubehör.

Zusammenkunft beim Rat-

haus.

Gerichtsvollzieher

Dhngemach.

Gelbe Rüben

zu Speise- u. Futter-

zwecken, Str. Nr. 4.,

empfiehlt

Otto Jung.

CalwerLiederchor

Männer-
chor
Mittwoch
abends präzis
1/8 Uhr.

Gemischter Chor
nicht heute sondern Freitag
abend 8 Uhr. B.

Die beiden Mädchen

die am Sonntag nachm. in
dem Zug von Pforzheim ein-
größerer

Paket entwendet
haben und in Hirsau aus-
gestiegen sind, werden auf-
gefordert, dieses sofort auf
der Station Hirsau abzu-
geben, widrigenfalls

erfolgt Anzeige.

Kusel, 28. Jan. Infolge der Verhaftung und Ausweisung der hiesigen Amtsrichter Dimmel, Himmelmayer und Müller durch die Separatisten haben die Beamten des Amtsgerichts ihre Tätigkeit eingestellt. Die Vertreter der autonomen Regierung in Kusel haben sich jetzt in den Besitz des Amtsgerichtsgebäudes gesetzt und vom Postamt verlangt, daß ihnen die für das Amtsgericht einlaufende Post ausgehändigt wird.

Berlin, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Karlsruhe unternahmen pfälzische Separatisten einen Streifzug auf badisches Gebiet und überfielen ein eine Stunde von Karlsruhe entferntes Hofgut bei Rogau am Rhein. Sie raubten mit vorgehaltenen Revolvern die Gutsgeher. Da der Gutsächter von den Franzosen vor einigen Wochen entwaffnet worden war, hatten die Räuber leichtes Spiel.

Offensichtliche Unterstützung der Separatisten durch die Franzosen.

Landau, 29. Jan. Die Landbürgermeister von Benningen, Altdorf und Böbigen bei Landau hatten am 25. und 26. Januar die ihnen seinerzeit von den Separatisten abgenötigten Loyalitätserklärungen zurückgenommen und die Widerrufungsschreiben den einschlägigen Stellen (Bezirksdelegierter, Rheinlandskommission usw.) übersandt. Als das Widerrufungsschreiben des Bürgermeisters von Benningen bei der französischen Bezirksdelegation in Landau eintraf, fuhr sofort ein Vertreter des Bezirksdelegierten im Kraftwagen nach Benningen und erklärte dem Bürgermeister unter Androhung sofortiger Verhaftung, er solle das Widerrufungsschreiben zurücknehmen. Der Vertreter des Bezirksdelegierten fuhr dann nach Altdorf, wo auf seine Veranlassung die bereits abgestempelten Widerrufungsschreiben der Gemeinden Altdorf und Böbigen zurückgezogen werden mußten. Der Vertreter des Bezirksdelegierten äußerte, die Franzosen würden die Regierung der Pfalz übernehmen. Ferner erklärte er, es sei den Franzosen bekannt, daß die ganze Beamtenenschaft der Pfalz gegen die Separatistenbewegung sei. Es werde jedoch der Tag kommen, an dem die Franzosen mit den Beamten abrechnen würden. Infolge des von den französischen Besatzungsbehörden ausgeübten Druckes haben 15 Landbürgermeister des Bezirks Landau bei dem französischen Bezirksdelegierten erklärt, daß sie die abgenötigten Loyalitätserklärungen nicht zurücknehmen, obwohl in den betreffenden Gemeinden die Separatisten fast keine Anhänger haben.

Zur auswärtigen Lage.

Ein Abkommen der Reichsregierung mit den Südwestafrikanern.

Berlin, 30. Jan. Zu dem Abkommen der Reichsregierung mit der Südafrikanischen Union der Südwestafrikaner erklärte Ministerialdirektor Dr. Kuppel, einer der beiden deutschen Unterzeichner des Abkommens, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Anerkennung, die General Smuts in seinem Brief an die deutschen Unterhändler den Deutschen in Südwestafrika gestiftet, insbesondere die von dem General zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß die Deutschen an der Aufrichtung einer dauerhaften europäischen Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent kräftig mitarbeiten werden, habe eine große Tragweite insofern, als dadurch die Behauptungen über die Unfähigkeit der Deutschen auf dem Gebiet der überseeischen Kolonisation und ihre Unwürdigkeit zu weiterer Mitarbeit auf diesem Gebiet, Behauptungen, mit denen bekanntlich nach außen hin der Raub der deutschen Kolonien begründet worden ist, widerlegt werden.

Das türkisch-österreichische Abkommen.

Konstantinopel, 30. Jan. Gestern unterzeichneten die Vertreter Oesterreichs und der Türkei einen Freundschaftsvertrag, eine Niederlassungskonvention und einen Handelsvertrag.

Das neue englische Kabinett und die irische Frage.

London, 30. Jan. Nach dem britischen drahtlosen Dienst hat die Regierung des irischen Freistaates eine Einladung der neuen britischen Regierung zu einer Konferenz über die Regelung der Grenze zwischen Nord- und Süd-Irland angenommen.

Chinesische Bescheidenheit.

Paris, 29. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Hongkong hat Sun-Jap-Sun an Macdonald in einem Telegramm brüderliche Grüße übermittelt und ihn aufgefordert China als ein zivilisiertes Land zu behandeln. (1) — Ob es sich hier nicht um einen Witz handelt?!

Deutschland.

Der Abbau in der Zollverwaltung.

Berlin, 30. Jan. Der Sparauschuß des Reichstages hat gestern nachmittags festgestellt, daß bis zum 31. Januar in der Zollverwaltung 11,19 Proz. des Personals abgebaut sein werden.

Bevorstehende Erhöhung der Personentaxen bei der Reichsbahn.

Berlin, 30. Jan. Zu einer Meldung aus privater Quelle, daß am 1. März eine 50prozentige Erhöhung der Personentaxen auf der Reichsbahn in der 3. und 4. Klasse geplant sei, erziehen die Blätter von unterrichteter Seite, daß Bestrebungen, die Taxen im Personenverkehr zu erhöhen, schon seit langer Zeit im Gange sind. Ueber den Termin und über das Maß der beabsichtigten Erhöhung sind jedoch noch keine Beschlüsse gefaßt worden.

Endgültige Beschlüsse

in der Aufwertungsfrage noch nicht gefaßt.

Berlin, 30. Jan. Wie die Blätter mitteilen, beschäftigte sich das Reichskabinett gestern in einer fünfständigen Sitzung erneut mit der 3. Steuernotverordnung, vor allem mit ihrem kritischsten Punkte, der Frage der Aufwertung der Hypotheken. Anscheinend sind endgültige Beschlüsse auch gestern noch nicht gefaßt worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Januar 1924.

Hauptversammlung des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw.

Die 76. Hauptversammlung des Bez.-Handels- und Gewerbevereins Calw bei Mehgermeister Scheuerle am Sonntag, den 28. Januar, war recht gut besucht. Der vom Vorstand, Flaschnermeister Heinrich Essig, vorgetragene Rechenschaftsbericht ließ die im vergangenen Jahre in 14 Ausschüßjungen und 3 Erörterungsabenden geleistete Arbeit erkennen. Sie betraf nach einander Verkehrsfragen, Siedlungsbauten, Materiallieferung für Schulhausbau, Heimatnot und Ruhrhilfe, Kapellen-Restaurierung, Zeitchriften-Zirkulation, Holzpreise, Strompreisberechnung, Handwerkerbezahlung durch die Bauämter, Geldentwertung, Steuerfragen, Warenauszeichnung und Weihnachtsgabenteilung. — Der stellvertretende Vorsitzende, Buchdruckermeister Georg Essig, gab den Mitgliederstand bekannt: 181 Mitglieder wohnen in Calw, 86 auswärts, u. gedachte in ehrenwerten Worten der mit Tod abgegangenen Mitglieder im engeren Verein und des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Lorenz. Für über 15jährige Ausschüßtätigkeit im Verein sollen die Herren Heinrich Essig und Karl Zahn zu einer besonderen Ehrung dem Verband vorgeschlagen werden. Nach dem vom Kassier Serva gegebenen Kassenbericht befinden sich noch 10 Goldpfennige in der Kasse. Die von unserem Calwer Handwerkerdiener Schuler vorgetragene Begrüßungsrede (die später veröffentlicht werden. Die Schriftl.) fanden lebhaften Beifall. Uhrmachermeister Karl Zahn wurde durch einstimmigen Beschluß zum Vorschlag für den stellv. Gesellenprüfungsvorsitzenden empfohlen. Bei der nachfolgenden Wahl wurde der bisherige Vorsitzende Heinrich Essig in geheimer Wahl einstimmig wiedergewählt. Im Geschäftsausschuß tritt nur insofern eine Änderung ein, als für Konditor Marquardt auf dessen dringenden Wunsch ein Bauhandwerker, Gipsermeister Klingel jr., gewählt wurde. Der Jahresbeitrag wird auf 3 Goldmark festgelegt. Doch soll weniger bemittelten Mitgliedern ein Teil nachgelassen werden. Das Finanzamt, eventuell die weiter vorgesehnten Stellen sollen gebeten werden, daß die Steuerbescheide wieder im „Calwer Tagblatt“ zweedmäßig veröffentlicht werden sollen. Schlossermeister Lebzelter möchte die Handwerkskammerwahlen dahin abgeändert sehen, daß wieder Leute aus dem Bezirk gewählt werden könnten. Die Kleingeldnot ließ dem Wunsch Ausdruck geben, es möchte auf irgend eine Weise für Wechselgeld Sorge getragen werden. Gewünscht wird auch für das neue Jahr eine wieder reger einsehende Bautätigkeit, sowie eine zweedmäßige Pflege des Geschäftsverkehrs nach der Stadt Calw. Dabei wird betont, daß durch den Gewerbeschutzverkehr der Geschäftsverkehr nach der Stadt Calw eine wohl zu beachtende Steigerung erfahre. Die Weiterverfolgung der Kapellen-Restaurierungs-Angelegenheit, um welche sich bisher Kaufmann Käuchle besondere Verdienste erworben hat, wolle im Auge behalten werden. Die Arbeiten und Leistungen des Vereins finden in Stadt und im Bezirk immer größere Würdigung. Es ist deshalb zu hoffen und zu wünschen, daß bald alle, deren Interessen durch den Verein so umsichtige Vertretung finden, ihm vollzählig angeschlossen sein mögen. A.

Die gesetzliche Miete im Februar.

Durch Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 28. Jan. wird die gesetzliche Miete, soweit sie aus den Zuschlägen für Verwaltungs- und Instandsetzungskosten besteht, vom 1. Februar 1924 ab von 20 auf 25 Proz. der Friedensmieten in Goldmark erhöht. Es ist bekannt, daß gewisse Finanzpläne der Reichsregierung auf der Voraussetzung beruhen, daß die gesetzliche Miete bis 1. Oktober 1924 den Friedensmieten in Goldmark angeglichen werden soll. Ganz abgesehen hiervon zwingt die Rücksicht auf die mit der Wiederherstellung der Hypothekarkreditfähigkeit der Wohnhäuser und der Erteilung von Arbeitsaufträgen aufs engste zusammenhängende ausreichende Instandhaltung dazu, die gesetzliche Miete in den Grenzen des wirtschaftlich Tragbaren schrittweise zu erhöhen.

(SCB.) Ravensburg, 29. Jan. Zwischen Niederbiegen und Ravensburg, bei dem Bahnwärterhäuschen an der Straße nach Ettishofen, legte sich ein Lehrling von Weingarten unter den Zug. Er wurde furchtbar verstümmelt.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefstube.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1000 Ma.
1 Schweiz. Franken	727,15 Ma.
1 franz. Franken	196,49 Ma.
1 holl. Gulden	1573,92 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	1480,00 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) Stuttgart, 29. Jan. Die Tendenz an der heutigen Börse hat sich etwas gebessert, wobei das Geschäft allerdings in engen Grenzen sich hielt. Auch die Kursverbesserung hat Fortschritte gemacht. Im Freiverkehr sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Von Banken gaben Notenbank um 10 nach (70). Von Maschinen- und Metallwerten gewannen Lauph. Werkzeug 2 (36). Württ. Metall 3 (52). Von Textilwerten Bietigheim 5 (55), während Unterhausen 3 (65) und Kuchen 2 (27) verloren.

Schweinemärkte.

In Balingen kostete ein Milchschwein 19—30, ein Läufer Schwein 34—45 M; in Bopfinger das Paar Läufer 50—60, das Paar Saugschweine 20—40 M; in Bönnigheim ein Milchschwein 10—13, ein Läufer 24—36 M; in Giengen a. Br. 1 Paar Saugschweine 20—38, Läufer 45—145 M; in Saugau das Paar Ferkel 2^a 40, Läufer 50—70 M; in Schwenningen das Paar Milchschweine 30—48 M.

Märkte.

(SCB.) Stuttgart, 29. Jan. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 140 Ochsen, 35 Bullen, 260 Jungbullen (unverkauft 20), 244 (35) Jungriinder, 136 Kühe, 548 Kälber, 865 (80) Schweine, 24 Schafe, 1 Ziege. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen 1. 30—33 (letzte Markt: 30—32), 2. 19—27 (18—27); Bullen 1. 23—26 (24—27), 2. 17—22 (unv.); Jungriinder 1. 31—34 (30 bis 33), 2. 26—30 (25—28), 3. 18—24 (18—23); Kühe 1. 22—25 (21 bis 25), 2. 15—19 (14—18), 3. 8,5—12,5 (8—12); Kälber 1. 41 bis 43 (unv.), 2. 35—39 (unv.), 3. 30—34 (unv.); Schweine 1. 60—65 (69—72), 2. 56—59 (62—67), 3. 48—54 (50—59). Verkauf des Marktes: lang'am, Ueberhand.

(SCB.) Niedlingen, 29. Jan. Zufuhr: 210 Pferde, 55 Ochsen, 90 Kühe 120 Kalbeln, 134 Jungriinder unter ein Jahr, 6 Läufer und 530 Milchschweine. Preise: Pferde 400—1200, Ochsen 25—400, Kühe 150—350, Kalbeln 300 bis 450, Jungriinder unter 1 Jahr 60—160, Läufer Schweine 25—35, Milchschweine 12—20 M.

(SCB.) Nagold, 29. Jan. Auf der letzten Frucht-Schranne kosteten Weizen 11,50—12, Milchfrucht 8,50, Haber 6,50 M der Zentner. — Auf dem Viehmarkt wurden bezahlt für Stiere 75—140, Kühe 230—560, Rinder und trächtige Kalbinnen 175—550, Schmalvieh 70 bis 155, Milchschweine das Paar 20—39, Läufer Schweine 30 bis 87 Mark.

(SCB.) Neuffingen, 29. Jan. Die Frucht-Schranne notierte folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 72,41 Ztr.) 10 bis 12, Gerste (141,04) 7—11, Haber 306,10) 6—8, Alber Dinkel (23,30) 8—9 M.

(SCB.) Urach, 29. Jan. Die Schranne notierte folgende Zentnerpreise: Weizen 10—11,50, Dinkel 6,40—8, Roggen 8,50—9,50, Gerste 8,80—9,50, Haber 6,80—7,50, Kernen-Mischling 10—10,50 Mark.

(SCB.) Giengen a. Br., 29. Jan. (Fruchtpreise.) Bei starker Zufuhr, aber gedrücktem Handel notierte die Schranne folgende Zentnerpreise: Weizen 9,50—11,50, Roggen 9,50—10, Gerste 7,50—8,80, Haber 6,20—6,70, Ackerbohnen 9,20, Erbsen 12 Mark.

(SCB.) Nagold, 29. Jan. (Holzerlöse.) Zum Verkauf waren ausbezogen 366 Fm. Nadelstammholz mit einem Taxpreis von 8488 M; erlöst wurden 108,84 Proz. im Durchschnitt. Einige Lose mit Angeboten unter 100 Proz. der Taxe wurden nicht zugeflogen.

(SCB.) Urach, 29. Jan. (Städt. Holzverkauf.) Bei dem städt. Holzverkauf wurden erlöst für Stangen im Durchschnitt 102 Proz., für Tannennypfingel (Papierholz) 125 Prozent. Letzteres wurde von der Bevölkerung als Brennholz erkaufert.

(SCB.) Dornhan, 29. Jan. (Holzverkauf.) In den städt. Gemeindefeldungen kamen 462 Meter Tannenholz zum Ausschlag. Es wurden erlöst pro Raummeter 9 bis 12 M. Durchschnittspreis pro Raummeter 10,40, Höchstpreis für 3 Raummeter 38 Mark.

(SCB.) Niedernau, 29. Jan. (Holzerlöse.) Bei der letzten Flächenlosversteigerung bewegten sich die Preise ums Doppelte, ja ums drei- bis fünffache über dem Anschlagpreis. Es wurden für einige Lose sogar 30 und mehr Mark bezahlt.

Am Mittwoch, den 29. Oktober
findet ein
Schau-Flügen
mit
Benzli-Güddeutschlandpflug
(ausgezeichnet auf der Ausstellung
der D. L. G. in Hamburg 1924)
statt, veranstaltet von der
Maschinenfabrik Benzli, Eisingen,
wozu
die Herren Landwirte des Bezirks
höflichst eingeladen werden.
Zusammenkunft 3 Uhr nachmittags
bei Herrn Gutsbesitzer Dettinger,
in Calw.
Der Vertreter: **Wilh. Wachenhuth, Calw**
Fernsprecher 142.

Nächsten Monat beginnt in Brauerei Dreiß
ein
**Anfänger-
Tanzkurs**
Anmeldungen können gemacht werden bei
Joh. Proß, Tanzlehrer
Lederstr. 175, III Treppen.

Sil
Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLO.

Einige neue Leiterwagen
25 bis 50 Ztr. Tragkraft,
1 leichtes Einspanner-Federwägle
(beide gut erhalten) sowie
1 Federwagen
für Mehger oder Milchmann geeignet,
hat zu verkaufen oder zu vertauschen.
Wilh. Steimle, Schmiedmeister, Neubulach.

**Neue
Fahrpläne**
für den Bezirk
sind in der Druckerei dieses Blattes erhältlich
das Stück zu 10 Pfg.

**Dezimal-
Brückenwaagen**
mit Laufgewicht
und Feststellung der Brücke
empfiehlt billigst
Fr. Herzog beim Rössle.

Mutter's Einkauf
Wenn Mutter für die nächste Woche einkauft,
darf sie „Schwan im Blauband“ nicht vergessen.
Von Tag zu Tag wächst der Kreis der Ver-
braucher, denn jede Probe bringt feste Kunden.
Achten Sie darauf, dass Sie die Feinkost-
margarine „Schwan im Blauband“ mit gleicher
Sorgfalt behandeln wie feine Süßrahm-
butter. Darum kaufen Sie am besten stets
frisch gekirnte Feinkostmargarine „Schwan
im Blauband“ in der bekannten Packung.
Preis 50 Pfennig das Halbpfund.

**Schwan im
Blauband** frisch
gekirnt

Für
Allerheiligen:
Waldkränze
Buketts, Pflanzen
Schnittblumen
in jeder Preislage empfiehlt
Chr. Hägele

Rucksäcke
zu allen Preisen
Hängematten
Spazierstöcke
Schirme
bestens und billigst bei
Reichert Mittl. Brücke.

**200 Zentner
Mostäpfel**
sucht zu kaufen
H. Röhm.

Wir suchen zum so-
fortigen Eintritt ein
**Lehr-
Mädchen**
für unser Kolonialwaren-
Laden. Bewerbungen sind
schriftlich an den Vorstand
einzureichen.
Spar- und Konsum-
verein Calw u. Umg.

Suche zur Führung meines
Haushalts eine Frau oder
älteres
Mädchen
Emilie Dollinger,
Puggeschäft.

Suche ehrl. jüngeres
Mädchen
für einige Stunden im Tag
bei guter Bezahlung. Frau
Erbing. Dannenmann.
Im
Waschen u. Bügeln
von Damen- und
Herrenstrickwäsche
empfiehlt sich
Frau Käthe Ehnis,
Mehgergasse 320.

Sonder = Angebot
in Baumwoll = Stoffen für warme Leibwäsche:
weiß Körperflanell, einseitig geraucht,
Mk. 2.10, 1.80, 1.70, 1.50, 1.40, 1.20, 1.10,
weiß Pique Mk. 1.80, 1.60,
bedruckt Flanell, für Nachtjacken Mk. 1.70, 1.30,
hemdenflanell aus reiner Baum-
wolle, ohne Baumwolle = Abfall, hergestellt:
gestreift Mk. 1.70, 1.60, 1.40, 1.20 und 90 Pfg.,
kariert Mk. 1.80 (allerschwerste Qualität),
1.70, 1.50, 1.40, 1.30, 1.20, 1.00.
Paul Räuchle, am Markt, Calw.



**Alle
Ziehharmonika-**
Reparaturen innerh. 1 Tag,
neue Bälge innerh. 2 Tagen
bei G. Hohnloser, Pfors-
heim, Bergstraße Nr. 27.
Dasselbst stets gebrauchte,
zweireihige zu haben zu 10,
12 und 15 Mark.

Wer hat verschließbaren
Raum
Schuppen
oder dergl.
zu vermieten?
Angebote erbeten unter
S. 26 an die Geschäftsstelle
ds. Bl.
verkauft
Fr. Lörcher.

2 schöne, heizbare, in-
einandergehende
Zimmer
an einzelnen Herrn zu ver-
mieten
Frau Sofie Stürner,
Leuchtelweg.
Habe im Auftrag

2 schwarze, getragene
Kostüme
zu verkaufen
A. Feldweg.
Speßhardt.
8 Ztr.
Mostäpfel
verkauft
Wich. Schwämmle.

Uizenberg.
Eine mit dem 4. Kalb 38
Wochen trüchtige gute
**Kuh- u. Fahr-
Kuh**
verkauft
Fr. Lörcher.

Private
Drucksachen aller Art,
wie: Verlobungs- und
Vermählungs-Anzeigen,
Geburtsanzeigen, Tisch-
Karten, Speisefolgen,
Einladungen, Besuchs-
karten, Danksagungen
liefern wir rasch
**A. Oelschläger'sche
Buchdruckerei, Calw**
Fernruf Nr. 9
Lederstraße Nr. 151